

Werner Böhler

# Uruguay stimmt gegen den politischen Wechsel

Dennoch verändern die Parteien  
die Parteienlandschaft

## ■ Kontinuität – aber nicht „weiter so“

Der kleine Río de la Plata-Staat Uruguay mit seinen etwa 3,3 Millionen Einwohnern gilt heute als politisch stabil. Zwar ist dieses zwischen den beiden ausgedehnten Staaten Brasilien und Argentinien gelegene Land weit entfernt von früheren Zeiten, als man Uruguay als die Schweiz Südamerikas bezeichnete, jedoch zeichnen sich die demokratischen Institutionen des Landes durch eine bemerkenswerte Stabilität aus und die Bürger hinterlassen beim Beobachter den Eindruck, dass sie hinter dem demokratischen System des Landes stehen. Alle drei Wahlgänge des Jahres 1999 fanden in einer störungsfreien Atmosphäre statt, und die Wahlbeteiligung von etwa 90 Prozent belegt das Interesse der Menschen, über die Geschicke des Landes mitzuentscheiden.

Erfolge in der Wirtschaftspolitik sind ebenfalls Bestandteil dieser relativen Stabilität Uruguays. Die Währung ist an den US-Dollar gekoppelt und gilt als stabil; die Inflation, die noch im Jahre 1990 gut 130 Prozent im Jahresschnitt erreichte, lag mit 3,71 Prozent in den zurückliegenden zwölf Monaten auf dem niedrigsten Niveau seit 1950.<sup>10</sup> Auf dieser Grundlage entwickeln sich die Währungsreserven stabil, die Auslandsverschuldung von fünf Milliarden Dollar hält sich in Grenzen und die makroökonomischen Indikatoren bis hin zur Risikoeinstufung des Landes zählen zu den günstigsten im lateinamerikanischen Vergleich. Mit ausschlaggebend für diese positive Entwicklung im Wirtschaftssektor ist die Mitgliedschaft Uruguays im regionalen Integrationsverbund Mercado Común del Sur. Mit über 55 Pro-

**Zum vierten Mal nach der Rückkehr Uruguays zur Demokratie im Jahr 1985 wird am 1. März 2000 mit Jorge Batlle ein neuer Präsident die Amtsgeschäfte übernehmen. Die Wähler wollten Kontinuität. Das spricht für die Stabilität der Demokratie in Uruguay. Allerdings gibt es deutliche Verschiebungen im Zeitablauf in der Parteienlandschaft Uruguays, die zu der Interpretation führen, dass der Wöhlerauftrag nicht nur ein „weiter so“ bedeutet.**

1) Vgl. „IPC de últimos 12 meses está en 3,71 por ciento“, in: *El Observador* vom 4. 11. 1999, S. 16.

zent gehen mehr als die Hälfte der Exporte des Landes in die MERCOSUR-Staaten, was jedoch auch zu einem hohen Maß von Abhängigkeit führte. Die Abwertung des brasilianischen Real seit Januar 1999 um etwa 50 Prozent verschärfte folglich vorhandene Probleme im sozialen Sektor und ließ die amtlich erfasste Arbeitslosigkeit auf deutlich über elf Prozent ansteigen.

Der Wähler buchte sowohl die positiven Entwicklungen, aber auch das damit einhergehende verstärkte Ungleichgewicht zwischen Arm und Reich im Lande gleichermaßen auf das Konto der beiden Traditionsparteien. Als erstem demokratisch legitimierten Präsidenten nach der Militärherrschaft gelang es Julio María Sanguinetti vom Partido Colorado in seiner fünfjährigen Amtszeit, die Rückkehr zur Demokratie zu bewerkstelligen. Ihm folgte mit Luis Alberto Lacalle ein Vertreter des Partido Nacional, womit die Restauration des Systems der fünfziger und sechziger Jahre – Wechsel zwischen den beiden Traditionsparteien in der Präsidentschaft – erreicht zu sein schien. Auf Luis Alberto Lacalle folgte im Jahr 1995 erneut Julio María Sanguinetti, der nun im März 2000 dieses Amt an Jorge Batlle übergeben wird, der damit in seinem fünften Anlauf schließlich sein Ziel erreichte, als Staatspräsident in die Fußstapfen seines legendären Vaters Luis Batlle Berres zu treten.

Nur scheinbar hat jedoch der Wähler mit dem eindeutigen Ergebnis zugunsten von Jorge Batlle, der mit 51,6 Prozent im zweiten Wahlgang mit gut sieben Prozent Vorsprung vor dem Kandidaten des Linksbündnisses Encuentro Progresista, Tabaré Vázquez, gewinnen konnte, die politische Machtverteilung der Zeit vor Beginn der Militärherrschaft im Jahre 1974 wiederhergestellt. Nur aufgrund der Unterstützung des Partido Nacional gelang es Jorge Batlle, das Präsidentenamt für die beiden Traditionsparteien zu erhalten. Bei den Wahlen zum Parlament und zum Senat, die zeitgleich mit dem ersten Wahlgang zu den Präsidentschaftswahlen stattfanden, schaffte es der Encuentro Progresista in beiden Kammern des Kongresses, sich als stärkste Fraktion zu etablieren. Damit scheint die als Ergebnis der Wahlen vom 27. November 1994 bestehende politische Drittteilung des Landes, in der die Colorados, die Blancos (Partido Nacional)

sowie der Encuentro Progresista mit jeweils etwas über 30 Prozent der Stimmen etwa gleich auflagen, beendet. Eindeutig stärkste politische Kraft wurde mit 38,5 Prozent Encuentro Progresista, für das im Jahr 1966 gerade 6,8 Prozent der Wähler votierten.<sup>2)</sup> Möglicherweise ist die Interpretation statthaft, dass der uruguayische Wähler zwar Veränderungen insbesondere im sozialen Bereich wünscht, aber zu skeptisch ist, um sich dazu durchzuringen, dem in sich sehr heterogenen Linksbündnis Encuentro Progresista neben den relativen Mehrheiten im Senat und der Cámara de Representantes auch noch das Präsidentenamt zu übertragen.

Vielleicht gelang es Jorge Batlle in einer ersten Stellungnahme, als sein Wahlsieg sich abzeichnete, die Stimmung der uruguayischen Bevölkerung richtig einzufangen, indem er eine Regierung versprach, die auf die Teilnahme der gesamten Bevölkerung abzielt, „um die Ideale des Fortschritts, der Toleranz, der Demokratie und des Respekts weiter zu entwickeln, wie es die Uruguayer als Volk verdienen“.<sup>3)</sup> Der Wähler hat Jorge Batlle mit überzeugender Mehrheit den klaren Auftrag gegeben, Kontinuität zu wahren und das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und soziale System Uruguays weiterzuentwickeln. Andererseits lehnte der Wähler eine falsch verstandene Kontinuität im Sinne eines „weiter so“ ab und stattete deshalb mit dem Encuentro Progresista die linke Mitte in beiden Kammern des Kongresses mit einer komfortablen Mehrheit aus. Darüber hinaus regiert der Encuentro Progresista die Hauptstadt Montevideo, in der über 45 Prozent der Bevölkerung Uruguays leben.

Eine Koalitionsbildung wird notwendig sein, damit Jorge Batlle erfolgreich regieren kann. Dafür stehen die beiden Traditionsparteien Colorados und Blancos zur Verfügung. Inhaltliche Kompromisse wird Jorge Batlle andererseits mit dem gestärkten Encuentro Progresista finden müssen, da er gegen die stärkste Fraktion im Senat und in der Cámara de Representantes nur schwer fünf Jahre lang wird regieren können. Der Wähler hat als Ergebnis des Wahljahres 1999 in Uruguay für eine Art Machtbalance gesorgt, an die er die Erwartung konstruktiver und weitsichtiger Reformen knüpft. Diese Erwartung muß Jorge Batlle erfüllen, wenn er über seine

2) Vor Gründung des Encuentro Progresista (EP) im Jahr 1994 beziehen sich die Daten auf den 1971 gegründeten Frente Amplio (FA). Für 1966 wurden die Stimmenanteile von FIDEL (Frente Izquierdo de Liberación), Socialistas und Union Popular summiert.

3) *El Clarín* vom 29. 11. 1999, S. 26.

Amtsperiode hinaus dem liberal-konservativen Lager in Uruguay die Regierungsverantwortung sichern will.

### ■ Verfassungsreform 1997 und neues Wahlrecht

Bei den Wahlen des Jahres 1999 fand erstmals das neue Wahlrecht Anwendung, das Ergebnis der Verfassungsreform von 1996. Am 30. Juli 1830 trat die erste Verfassung des Landes in Kraft, durch die sich Uruguay als Republik mit einem Präsidialsystem konstituierte. Am 8. Dezember 1996 waren die Bürger dazu aufgerufen, zum neunten Mal über eine Reform der *Carta Magna* des Landes abzustimmen. Wurde mit der Verfassungsreform vom 25. November 1917 das Wahlrecht auch für Frauen eingeführt, so standen bei dem jüngsten Verfassungsreformprojekt erneut grundlegende Veränderungen bezüglich des Wahlrechts in Uruguay zur Abstimmung.<sup>4)</sup> Nach achtzehn Monate dauernden Verhandlungen zwischen den Parteien stimmte das Parlament mit 87 von 99 Stimmen für das Reformprojekt, das innerhalb von acht Monaten der Bevölkerung im Rahmen eines Plebiszits zur Abstimmung vorgelegt werden sollte. Der zentrale Punkt der Verfassungsreform war die Neugestaltung der Bestimmungen über die Wahl für das Amt des Staatspräsidenten. War es in der Vergangenheit in Uruguay üblich, dass die Parteien jeweils mit mehreren Präsidentschaftskandidaten auf der Grundlage von sogenannten *Sublemas* antraten, sah die Verfassungsreform vor, das Wahlrecht so zu ändern, dass sich jede Partei auf *einen* Kandidaten in internen Wahlen verständigen muss, der dann mit dem von ihm bestimmten Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten die *Fórmula* der jeweiligen Partei bildet. Erreicht keiner der von den Parteien nominierten Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen, so wird im Rahmen einer Stichwahl zwischen den beiden erstplatzierten Bewerbern entschieden. Diese Änderung im Wahlrecht ist nicht nur kosmetischer Natur; sie hat vielmehr auch Auswirkungen innerhalb der Parteien, die programmatisch und personell zu Kompromissen gezwungen werden und nicht über die Bildung von zusätzlichen *Lemas* unter dem Dach einer Partei diesen Festlegungen aus dem Weg gehen können. In noch stärkerem Maße trifft dies auf Partei- bzw.

4) Vgl. „La Historia de las Reformas Aprobadas“, in: *El Observador* v. 9.12.1996, S. 14.

Wahlbündnisse – wie beispielsweise den Encuentro Progresista – zu, da sich in diesem Falle eigenständige parteipolitische Gruppierungen unter dem gemeinsamen Dach auf einen Kandidaten zu verständigen haben. Die Befürworter des Reformprojekts führten bei ihrer Argumentation folgende Punkte als entscheidend an:

- Die Festlegung jeder Partei auf einen Bewerber für das Amt des Staatspräsidenten,
- die Streichung der sogenannten *Ley de Lemas* bei den Präsidentschaftswahlen,
- die Entzerrung der Wahlen auf nationaler und auf Departamentsebene,
- den zweiten Wahlgang bei der Wahl des Staatspräsidenten,
- die Streichung der *Sublemas* bei den Wahlen der Mitglieder der Cámara de Representantes,
- interne Wahlen der politischen Parteien.

Die Gegner des Reformprojekts führten vor allem ins Feld:

- Die Abschaffung der sogenannten *Ley de Lemas* wird nicht konsequent durchgeführt; sie gilt auch in Zukunft bei der Wahl der Senatoren, der Gemeinderäte und des Wahlrates.
- Eine Verfassungsreform ist nicht erforderlich für die Nominierung eines einzigen Kandidaten einer Partei.
- Der zweite Wahlgang ist lediglich vorgesehen, um zu verhindern, daß der Encuentro Progresista den Staatspräsidenten stellen kann.<sup>5)</sup>

94 Prozent der Politiker stuften die Verfassungsreform als sehr bedeutend ein, während nur 54 Prozent der Bevölkerung diese Einschätzung teilten.<sup>6)</sup> Dennoch war gut zwei Monate vor der Abstimmung über das Reformprojekt eine klare Mehrheit innerhalb der Bevölkerung für die Reform gegeben: 42 Prozent beabsichtigten dem Projekt zuzustimmen, 16 Prozent waren gegen die Reform, ebenfalls 16 Prozent waren unentschieden und 31 Prozent wollten oder konnten sich dazu nicht äußern.<sup>7)</sup> Während die politischen Repräsentanten der beiden traditionellen Parteien Colorado und Nacional weitgehend geschlossen hinter dem Reformprojekt standen und Senator Rafael Michelini vom Nuevo Espacio ebenfalls das Reformvorhaben unterstützte, rief der seit Anfang des Jahres amtierende Präsident des Frente

5) Diese Argumentation ging von der realistischen Annahme aus, dass die unterlegene der beiden traditionellen Parteien im zweiten Wahlgang den Kandidaten der anderen Partei unterstützen werde, was am 28.11.1999 auch eingetreten ist. Es wurden nur die für die Wahlrechtsreform relevanten Änderungen berücksichtigt. Zur Verfassungsreform vgl. J.L. Marius, J.F. Bacigalupo, *Sistema Electoral y Elecciones Uruguayas 1925-1998*, S. 181 ff.

6) Vgl. Umfrageergebnisse Equipo Consultores, in *El Observador* vom 11.12.1996, S. 9.

7) Vgl. Umfrageergebnisse Equipo Consultores, in *El Observador* vom 30.10.1996, S. 7.

Amplio, Tabaré Vázquez, zur Ablehnung des Reformprojekts, zum *No* auf. Demgegenüber sprach sich der Gründer des Frente Amplio, der legendäre General a. D. Líber Seregni dafür aus, der Verfassungsreform zuzustimmen. Auch der Präsident des Encuentro Progresista, Rodolfo Nin Novoa, sowie der Corriente 78 setzten sich für das *No* ein, während der Partido Demócrata Cristiano (PDC), der ebenfalls dem Encuentro Progresista angehört, für das *Sí* votierte, was dazu führte, daß Tabaré Vázquez angesichts dieses parteipolitischen Szenarios und der Umfrageergebnisse eine schwierige Position vertrat. Dennoch trat in der Bevölkerung mit dem Heranrücken des Plebiszits ein Stimmungsumschwung zugunsten des *No* ein, der insbesondere darauf zurückzuführen war, dass es den beiden traditionellen Parteien sowie dem Nuevo Espacio nicht gelang, ihre Anhängerschaft geschlossen für eine Zustimmung zu dem Reformvorhaben zu gewinnen.

Am Abend des 8. Dezember 1996 stand fest, dass die Verfassungsreform nur mit einer relativ geringen Mehrheit und einer Differenz von etwa 85 000 Stimmen, bei gut zwei Millionen Wählern, angenommen wurde: 1 015 828 (50,4 Prozent) hatte mit *Ja* und damit für die Reform gestimmt, 930 288 (46,2 Prozent) lehnten die Verfassungsreform ab. Rechnet man jedoch die ungültigen und weißen Stimmzettel mit ein, dann wurde der Verfassungsreform mit der ungemein knappen Differenz von 9 103 Stimmen zugestimmt.<sup>8)</sup>

Mit der Annahme der Verfassungsreform war gleichzeitig der Ablauf für das Wahljahr 1999 festgelegt:

- 25. April 1999: Gleichzeitige Durchführung der partiinternen Wahlen, Teilnahmemöglichkeit für alle Wähler, Wahlbeteiligung nicht obligatorisch; gewählt ist der Kandidat einer Partei, der mehr als 50 Prozent der gültigen Stimmen seiner Partei erzielt, oder der Kandidat, der mehr als 40 Prozent und eine Differenz von mindestens zehn Prozent gegenüber dem nächstplatzierten Mitbewerber aus seiner Partei erzielt. Erreicht keiner der Bewerber das Quorum einer der beiden genannten Alternativen, entscheidet die Convención Nacional der Partei mit absoluter Mehrheit. Die Mitglieder der Convención Nacional werden gleichzeitig am 25. April gewählt.

8) Ergebnisse: Corte Electoral Uruguay, vgl. „Hoy entra en vigencia la nueva Constitución“, in: *El País* vom 8. 1. 1997, S. 7.

- 31. Oktober 1999: Wahlen auf nationaler Ebene (erster Wahlgang). Gewählt ist die *Fórmula* als Präsident- und Vizepräsidentschaftskandidat, die die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Im anderen Fall findet ein zweiter Wahlgang statt. Zeitgleich finden die Senats- und Abgeordnetenwahlen statt.
- 28. November 1999: Ballotage (zweiter Wahlgang). Unter den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen wird im zweiten Wahlgang der Präsident mit einfacher Mehrheit gewählt.
- 28. Mai 2000: Wahlen auf Departamentsebene.

Neben der Darstellung der einzelnen Veränderungen des Wahlrechts als Folge der Verfassungsreform ist eine Bewertung des Ergebnisses aufschlussreich. Zwar kann das Plebisit zur Reform der Verfassung nicht ohne weiteres auf andere Wahlen übertragen werden; dennoch ist bemerkenswert, dass das vom Frente Amplio unterstützte *No* von 46 Prozent der Wahlberechtigten unterstützt wurde, während trotz der Unterstützung von Seiten der beiden Traditionsparteien nur knapp über 50 Prozent das Reformprojekt unterstützten. Auch wenn dies noch nicht zu der Aussage führen kann, dass die mit dem Wahlergebnis von 1994 eingetretene politische Drittteilung des Landes bereits zwei Jahre später überholt war, so ist aus diesem Abstimmungsergebnis dennoch ein Trend dahingehend ablesbar, dass sich ein neues bipolares Kräfteverhältnis in Uruguay zu entwickeln scheint, das sich jedoch von der traditionellen bipolaren Parteistruktur maßgeblich unterscheidet. Waren es in den fünfziger und sechziger Jahren der Partido Nacional und der Partido Colorado, die sich in den Wahlauseinandersetzungen gegenüberstanden und sich wechselseitig in der Regierungsverantwortung ablösten, ist nun der Encuentro Progresista auf der Linken zum Gegenpol der beiden Traditionsparteien herangewachsen.

### **■ Politische Landkarte Uruguays vor dem Wahljahr 1999**

Die im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten in Uruguay frühzeitig herausgebildete stabile Demokratie beruhte insbesondere auf der Kontinuität der Parteien. Zwar ist Uruguay ein präsidial regierter

zentralistischer Staat, jedoch waren die fünf Verfassungen von 1918, 1930, 1934, 1967 und 1992 auch auf ein Kollegialsystem hin angelegt. In diesem Element der spezifischen Kultur Uruguays findet sich der Versuch, die politische Minderheit proportional an der Regierung zu beteiligen. Trotz der Jahrzehntelangen Dominanz der Colorados innerhalb des traditionellen Zweiparteiensystems akzeptierten deshalb die Blancos die Minderheitenrolle, da sie über den Mechanismus des Kollegialsystems in die Exekutive eingebunden waren. Erst 1958 gelang es den Blancos, die Machtverhältnisse umzukehren.<sup>9)</sup>

9) Vgl. auch im Folgenden D. Nohlen, F. Nuscheler, (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt*, Bd. 2, S. 506ff.

Auch wenn auf den ersten Blick in Uruguay ein stabiles Zweiparteiensystem in der Vergangenheit erkennbar war, spiegelte dies nicht die reale Situation wider. Aufgrund des Wahlrechts, das die Bildung von *Lemas* und *Sublemas* zuließ, war die parlamentarische Repräsentation stark zersplittert. Die Parteien waren nicht gezwungen, sich auf einen Präsidentschaftskandidaten zu verständigen, vielmehr konnten aus einer Partei heraus eine Mehrzahl von Listen mit unterschiedlichen Präsidentschaftskandidaten sowie innerhalb eines *Lemas* wieder *Sublemas* für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zum Senat präsentiert werden. Dieses Wahlrecht entzog die Parteien der Notwendigkeit, sich auf eine einheitliche Programmatik zu verständigen. Vielmehr konnten unter dem Dach einer Partei über das *Lema*-Prinzip sehr heterogene gesellschaftspolitische Positionen vertreten werden. Entscheidungskriterium für die Wahl des Präsidenten war die Mehrheit aus der Summe der *Sublemas* einer Partei, und innerhalb dieser *Sublemas* wiederum gewann derjenige das Präsidentenamt, dessen Liste die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Dies führte häufig zu der Situation, dass Präsidenten mit einem relativ geringen Quorum und damit mit einer schwachen demokratischen Legitimation ausgestattet in diese Funktion gelangten. Darin lag das Hauptmotiv für die bereits dargestellte Wahlrechtsreform im Jahre 1996.

Versucht man die beiden Traditionsparteien in ihrer politischen Grundorientierung zu klassifizieren, können in Anlehnung an Dieter Nohlen die Colorados als „bürgerlich-liberal-laizistisch“ und die Blancos als „agratisch-konservativ-klerikal“ charakterisiert werden. Unter diesem breit gezogenen Dach

des formalen Zweiparteiensystems bestand jedoch aufgrund der Bildung von *Sublemas* in Wahrheit stets ein breit gefächertes Vielparteiensystem, was bei der aktuellen Charakterisierung der beiden Parteien bis heute nachwirkt.

Auf der Linken etablierten sich mit der Gründung des Partido Socialista im Jahr 1910 sowie des Partido Comunista im Jahr 1920 programmatisch-ideologisch ausgerichtete Parteien, die mit der Gründung des Partido Demócrata Cristiano durch eine Partei mit dem Anspruch einer christlich-sozialen Reformbewegung ergänzt wurden. Erst mit dem auf Initiative der Christlich Demokratischen Partei gegründeten Wahlbündnis Frente Amplio im Jahr 1971 gelang es jedoch, im linken Spektrum eine über Splitterparteicharakter hinausgehende Formation zu bilden. Geschwächt wurde die Position des Frente Amplio mit der Abspaltung der Christdemokraten im Jahr 1984 sowie der Gründung des Nuevo Espacio im Jahr 1989, wobei diese Aussage eher auf die Pluralität und die Ausrichtung hin zur politischen Mitte als auf die Wählerzustimmung zu beziehen ist, die sich im Trend bis zum Jahr 1989 bei etwa 20 Prozent hielt. Erst mit der Gründung des Encuentro Progresista im August 1994 bei den Wahlen im gleichen Jahr im November stieg der Wähleranteil auf etwa ein Drittel an.

Im Zeitablauf war die Verschiebung im Parteien-system Uruguays bei den Wahlen 1966, 1971, 1984 und 1989 dadurch charakterisiert, dass die beiden traditionellen Parteien dominant blieben, jedoch mit abnehmender Tendenz und bei gleichzeitiger Herausbildung einer dritten Kraft auf der Linken. Das Wahljahr 1994 führte dann zu einer nachhaltigen Veränderung, als mit dem Wahlbündnis Encuentro Progresista als Ergebnis eine politische Drittteilung des Landes zu konstatieren war und die beiden traditionellen Parteien sich gezwungen sahen, eine Art Koalitionsregierung zu bilden, was automatisch dem Encuentro Progresista die Rolle der politischen Opposition zuwies. Dieser Trend setzte sich bei den Parlamentswahlen am 31. Oktober 1999 fort, bei denen die beiden Traditionsparteien zusammen zwar mit gut 50 Prozent und etwa 1 150 000 Wählerstimmen weiterhin über eine Mehrheit verfügen, der Encuentro Progresista jedoch mit 850 000 bzw. 39 Prozent der

Stimmen erstmals in der uruguayischen Geschichte stärkste Partei werden konnte. Für die Interpretation dieses Ergebnisses ist eine differenziertere Betrachtung der Parteien bzw. Wahlbündnisse in Uruguay im Wahljahr 1999 lohnend.

Der Partido Colorado war im Vergleich zu den übrigen Parteien und Wahlbündnissen im Vorfeld der parteiinternen Wahlen im April 1999 als relativ homogen zu bezeichnen, wenngleich die Nominierung des Bewerbers um das Präsidentschaftsamt der Partei unter zwei nahezu gleichstarken Blöcken ausgetragen wurde. Der Grund ist darin zu sehen, dass es sich eher um die Auswahl unter den sich präsentierenden parteiinternen Führungspersönlichkeiten handelte als um eine programmatische Richtungsscheidung. Schon frühzeitig hatte sich Staatspräsident Julio María Sanguinetti, der gleichzeitig der führende Repräsentant des Foro Batllista ist, dazu entschieden, einen eigenen Kandidaten zu unterstützen, der seine reformorientierte Politik nach innen und den internationalen Öffnungskurs fortführen würde. Dafür präsentierte Staatspräsident Sanguinetti seinen Innenminister Luis Hierro López, der aus diesem Grund von dem Amt zurücktrat. Innerhalb des Foro Batllista präsentierten sich jedoch auch der anerkannte Senator Fernández Faingold sowie der Präsident der staatlichen Telefongesellschaft ANTEL, Ricardo Lombardo. Das Foro Batllista führte eine eigene interne Wahl durch und nominierte mit nachdrücklicher Unterstützung von Seiten des Staatspräsidenten Luis Hierro López für die parteiinternen Wahlen am 25. April. Als zweite dominante parteiinterne Gruppierung entwickelte sich in den zurückliegenden Jahren die Lista 15 unter Führung von Senator Jorge Batlle. Innerhalb dieser Gruppierung war dessen Kandidatur von Beginn an umstritten, so dass dieser als zweiter Kandidat für die *Interna* innerhalb des Partido Colorado feststand. Die dritte, wenn auch wesentlich kleinere Strömung innerhalb des Partido Colorado ist die Cruzada 94, die zunächst mit Senator Pablo Millor einen weiteren Kandidaten präsentierte, der jedoch frühzeitig zu Gunsten von Jorge Batlle seine Kandidatur aufgab. Stattdessen präsentierten sich für die *Interna* des Partido Colorado mit Federico Bouza, César Cabrera und Víctor Vaillant drei schillernde Kandidaten, deren Motiv aus

personenbezogenen innerparteilichen Konflikten oder lokalen Eigenbröttereien herrührte.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass sich in der zurückliegenden Dekade innerhalb des Partido Colorado zwei dominante Gruppierungen und eine kleinere Alternative mit der Cruzada 94 gebildet haben. Wäre mit dem vor der Verfassungsreform gültigen Wahlrecht nun der weitere Weg der gewesen, dass sich diese drei und möglicherweise weitere Strömungen jeweils mit einer eigenen *Sublema* an den Wahlen beteiligt hätten, war nun die Situation die, dass der Partido Colorado mit fünf parteiinternen Bewerbern in die parteiinternen Wahlen am 25. April ging, wobei von Beginn an nur zwei von ihnen ernst zu nehmende Kandidaten waren.

Der Partido Nacional (Blancos) präsentierte sich im Vorfeld der internen Wahlen nicht nur personell, sondern auch programmatisch gespalten. Als aussichtsreichste Bewerber präsentierten sich der ehemalige Präsident Luis Alberto Lacalle, der ehemalige Innenminister Juan Andrés Ramírez und der Architekt der letzten Regierungskoalition von Seiten der Blancos, Alberto Volonté. Daneben kandidierte der ehemalige Außenminister Alvaro Ramos, nachdem er sich mit seinem *Propuesta Nacional* von der von Alberto Volonté geführten *Manos a la Obra* abgespalten hatte, und der Abgeordnete Alan García, die jedoch beide nur eine marginale Rolle spielten.

Der Streit entzündete sich insbesondere an der Person von Luis Alberto Lacalle, der von den Herrenistas innerhalb der Partei getragen wurde, die insbesondere im Landesinneren über starken Rückhalt verfügen und den Parteiapparat kontrollieren. Dem ehemaligen Präsidenten Lacalle wird Korruption in seiner Amtsführung nachgesagt, wenngleich bisher weder schlüssige Beweise noch eine gerichtliche Verurteilung existieren. Andererseits gilt Luis Alberto Lacalle als der Exponent eines stark wirtschaftsliberalistisch geprägten Kurses, der vor dem Hintergrund der sozialen Situation in Uruguay auch innerhalb des Partido Nacional auf deutliche Zurückhaltung und Kritik stieß.

Vom *Herrerismo* getrennt hatte sich bereits Mitte der neunziger Jahre der ehemalige Innenminister Juan Andrés Ramírez, der mit dem Desafío Nacional einen neuen Zweig innerhalb der Blancos bildete.

Zunächst erfuhr diese Gruppierung Unterstützung von der Nueva Fuerza Nacional, einem Zusammenschluss von maßgeblichen Bürgermeistern aus dem Landesinneren, angeführt von dem Bürgermeister des wichtigen Departaments Paysandú am Río Uruguay, Jorge Larrañaga. Die beiden zentralen Programmpunkte dieser Formation waren Dezentralisierung und soziale Gerechtigkeit. Mit der Forderung nach der verstärkten Berücksichtigung der sozialen Komponente als Ordnungselement der Wirtschaft unterschied sich dieses parteiinterne Bündnis programmatisch deutlich von Luis Alberto Lacalle und dem Sector Herrerista. Zusätzliche Stärkung erfuhr der Desafío Nacional durch den Beitritt des engagierten und sozialpolitisch ausgewiesenen Abgeordneten Jorge Machiñena mit seiner Lista 904. Damit stand innerparteilich mit Juan Andrés Ramírez der zweite bedeutende Bewerber fest, der sich gleichzeitig auf Jorge Larrañaga für die Kandidatur als Vizepräsident im Falle eines Sieges bei der internen Wahl festlegte. Als natürlichen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen sah sich von Beginn an der Präsident des Direktoriums des Partido Nacional, Alberto Volonté, der deshalb im September 1998 von diesem Amt zurücktrat, das Senator Walter Santoro übernahm. Volonté erhielt zunächst Unterstützung durch den Verteidigungsminister Raúl Iturria mit dessen Militancia Popular Nacionalista – Lista 333 und lag anfangs in Meinungsumfragen auch in Führung, fiel jedoch mit Heranrücken des Wahldatums im April 1999 immer stärker zurück, während Luis Alberto Lacalle kontinuierlich zulegte und in letzten Meinungsumfragen deutlich vor Juan Andrés Ramírez lag.

Auch beim Partido Nacional hätte das frühere Wahlrecht dazu geführt, dass sich zumindest die fünf genannten Kandidaten als Führer von *Sublemas* des Partido Nacional präsentiert hätten. Die neuen Wahlrechtsbestimmungen zwangen nun dazu, eine Entscheidung zwischen dem Desafío Nacional unter Juan Andrés Ramírez und den Herreristas unter Luis Alberto Lacalle herbeizuführen, nachdem die drei übrigen Bewerber in den Umfragen bereits deutlich abgeschlagen waren.

Komplex gestaltet sich die Darstellung der inneren Struktur des Encuentro Progresista, der vom Frente

Amplio dominiert wird. Der Frente Amplio selbst ist jedoch ebenfalls ein heterogenes Gebilde, das aus acht Strömungen, die von linksradikal bis gemäßigt links reichen, besteht. Bei den letzten parteiinternen Wahlen des am 5. Februar 1971 gegründeten Frente Amplio, an denen sich etwa 135 000 Wahlberechtigte beteiligten, kandidierten acht konkurrierende Listen. Als Ergebnis ist festzustellen, dass die drei am weitesten links stehenden Listen, nämlich der Partido Socialista, der Partido Comunista und die Corriente de Izquierda, die auch der Movimiento de Participación Popular einschließt, zusammen über 65 Prozent der Stimmen erhielten und damit innerparteilich über eine Zweidrittelmehrheit verfügen. Der gemäßigtere Sektor Asamblea Uruguay um den Wirtschaftsfachmann Senator Danilo Astori erhielt hingegen lediglich gut 13 Prozent.

Auf dem 3. Außerordentlichen Kongress des Frente Amplio lehnten am 22. November 1998 1162 von 1409 Delegierten den am 13. September 1997 eingebrachten Rücktritt von Tabaré Vázquez als Präsident des Frente Amplio ab und setzten ihn damit wieder in dieses Amt ein. Gleichzeitig nominierte der Kongress mit 96,16 Prozent der Stimmen Tabaré Vázquez als Präsidentschaftskandidaten des Frente Amplio bei den internen Wahlen im April 1999. Nach vorausgegangenen heftigen Auseinandersetzungen darüber, ob der Frente Amplio weitere Kandidaturen zulassen und entsprechend dem Wahlgesetz bei den parteiinternen Wahlen über den endgültigen Kandidaten des Frente entscheiden sollte, beschloss der Kongress, auch die Kandidatur von Danilo Astori zuzulassen, der zuvor bereits von seiner Asamblea Uruguay nominiert worden war. Damit standen die beiden Bewerber des Encuentro Progresista für die parteiinternen Wahlen fest, die beide dem Frente Amplio angehören, was das Kräfteverhältnis innerhalb des Encuentro Progresista ebenfalls widerspiegelt.

Neben dem Frente Amplio zählen zum Encuentro Progresista lediglich zwei nennenswerte, gleichwohl relativ bedeutungslose politische Gruppierungen, der Partido Demócrata Cristiano, der auf nationaler Ebene über keine Mandate verfügt, sowie die Corriente 78, der überwiegend ehemalige Christdemokraten angehören und die lediglich zwei Abgeordnete und einen Senator stellt. Im Vorfeld der Wahlen

gründeten der Partido Demócrata Cristiano und die Corriente 78 gemeinsam mit unabhängigen Persönlichkeiten sowie Einzelpersonen der Confluencia Frenteamplista die Alianza Progresista innerhalb des Encuentro Progresista, deren Führungsfigur der spätere Vizepräsidentschaftskandidat in der *Fórmula* des Encuentro Progresista, Rodolfo Nin Novoa, wurde.

Insgesamt tat sich der Encuentro Progresista außerordentlich schwer, das neue Wahlsystem zu adaptieren. In besonderem Maße war das heterogene Gebilde Frente Amplio-Encuentro Progresista von der Möglichkeit begünstigt, unter dem gemeinsamen Dach eine Vielzahl von *Sublemas* zu präsentieren, die bei der Stimmenauszählung aufaddiert wurden. Insbesondere bei wirtschaftspolitischen Fragestellungen stellten sich Differenzen als schwer überbrückbar heraus und in der Endphase des zweiten Wahlgangs um die Präsidentschaft dürften diese auseinanderdriftenden politischen Positionen wahlentscheidend gewesen sein.

Neben den drei genannten Parteien bzw. Wahlbündnissen besteht seit 1989 der Nuevo Espacio, der am 19. November 1995 eine Wiedergründung erfuhr. Seitdem ist die bestimmende Persönlichkeit dieser Partei der Senator Rafael Michelini, der seine Bekanntheit seinem legendären Vater Zelmar Michelini verdankt, der in der Zeit der Militärherrschaft in Argentinien von gekauften Mördern getötet wurde. Auf dem Parteitag am 20. November 1997 berief sich Rafael Michelini auf die „Werte, die den Lebenswandel und den Lebensweg von Zelmar Michelini“ inspiriert haben und erklärte, dass sich der Nuevo Espacio als „La Izquierda Renovada“ verstehe.<sup>10)</sup> Als einzigen Kandidaten für die parteiinternen Wahlen am 25. April 1999 nominierte der Nuevo Espacio Senator Michelini.

<sup>10)</sup> Zitiert nach *La República* vom 20. 11. 1997, S. 11, „Nuevo Espacio relizará congreso con expectativas de ser gobierno“.

### **Wahlen zur Nominierung der Präsidentschaftskandidaten am 25. April 1999**

Die Festlegung auf den Präsidentschaftskandidaten der jeweiligen Partei stand naturgemäß im Mittelpunkt des Interesses der Medien und der Öffentlichkeit bei den Aprilwahlen. Gleichzeitig gaben jedoch die Wähler mit ihrer Wahl ihrer Parteipräferenz Ausdruck, die nicht nur bedeutsam für die Zusam-

mensetzung der jeweiligen Parteikonventionen war, sondern auch ein Stimmungsbarometer für die folgenden Wahlen am 31. Oktober darstellte. Dies gilt mit der Einschränkung, dass bei den internen Wahlen keine Wahlpflicht bestand und die Wahlbeteiligung bei 53,74 Prozent lag, wohingegen die Wahlbeteiligung bei Wahlen und Plebisziten in Uruguay regelmäßig über 90 Prozent liegt.

Eindeutig war das Ergebnis der Wahlen bei der Nominierung der jeweiligen Präsidentschaftskandidaten. Bei den Colorados setzte sich Jorge Batlle eindeutig mit 55,1 Prozent gegen Luis Hierro López durch, der 43,9 Prozent auf sich vereinigen konnte. Dieses Ergebnis widersprach allerdings deutlich den Umfrageergebnissen der Woche vor der Wahl, die übereinstimmend die *beiden* Kandidaten bei etwa 48 Prozent sahen, jedoch einen knappen Sieg von Luis Hierro López prognostizierten.

Bei dem Partido Nacional setzte sich überraschend klar Luis Alberto Lacalle mit 48,2 Prozent gegenüber Juan Andrés Ramírez durch, der lediglich 32,2 Prozent erreichen konnte. Abgeschlagen waren Alberto Volonté mit 10,9 Prozent und Alvaro Ramos mit acht Prozent. Damit gelang es Luis Alberto Lacalle, der noch im Januar 1998 nach Umfrageergebnissen mit Juan Andrés Ramírez und Alberto Volonté mit jeweils 25 bis 28 Prozent weitgehend gleichauf lag, die parteiinternen Wählerpräferenzen nachhaltig zu seinen Gunsten zu verschieben. Mit dem Ergebnis sicherte sich Luis Alberto Lacalle gleichzeitig direkt aus dem Wahlergebnis und ohne Einschaltung der Konvention der Blancos die Kandidatur, da er mit über 40 Prozent der Stimmen und einer Distanz von mehr als zehn Prozent gegenüber dem Nächstplatzierten das im Wahlrecht vorgeschriebene Quorum erfüllte.

Eindeutig war das Ergebnis von Beginn an beim Encuentro Progresista. Zwar beteiligte sich das Linksbündnis, entgegen der ursprünglichen Absicht, an der verfassungsmäßig vorgeschriebenen parteiinternen Nominierung und ging folglich nicht mit einem vom Parteikongress nominierten Einheitskandidaten ins Rennen, jedoch war die Unterstützung innerhalb des Frente Amplio eindeutig auf der Seite von Tabaré Vázquez. Dies spiegelt das Wahlergebnis für Tabaré Vázquez wider, der mit 82,4 Prozent ge-

genüber 17,6 Prozent für Danilo Astori zum Präsidentenwahlkandidaten des Encuentro Progresista nominiert wurde. Allerdings war die Kandidatur von Danilo Astori wichtig, einerseits, um den gemäßigteren Kräften innerhalb des Frente Amplio und des Encuentro Progresista eine Alternative bei den parteiinternen Wahlen zu bieten, andererseits wurde damit die verfassungsmäßige Neuregelung respektiert und für die Zukunft anerkannt.

Ebenfalls zweifelsfrei war das Ergebnis beim Nuevo Espacio, bei dem lediglich Senator Rafael Michelini zur Wahl stand, der alle für diese Gruppierung abgegebenen Stimmen erhielt.

Ein Blick auf die Wahlergebnisse der Parteien gibt mit der Einschränkung der bereits erwähnten geringen Wahlbeteiligung interessante Aufschlüsse. Dem Partido Colorado gelang es, gegenüber den Wahlen im Jahr 1994 etwa sechs Prozent mehr Wähler an sich zu ziehen. Dies ist nicht zuletzt auf das relativ gute Abschneiden des Partido Colorado in der Hauptstadt Montevideo zurückzuführen, das auch für den deutlichen parteiinternen Wahlsieg von Jorge Batlle ausschlaggebend gewesen sein dürfte.

Unmittelbar nach der Wahlentscheidung bot Jorge Batlle seinem parteiinternen Gegner Luis Hierro López an, gemeinsam mit ihm die *Fórmula* des Partido Colorado für die Präsidentschaftswahl zu bilden und für das Amt des Vizepräsidenten zu kandidieren. Unter Mitwirkung von Staatspräsident Julio María Sanguinetti willigte Luis Hierro López ein, so dass bereits am 27. April die *Fórmula* Jorge Batlle/Luis Hierro López feststand.

Der Partido Nacional hingegen stagnierte bei leichten Verlusten. Dieses Ergebnis dürfte vor allem auf die harten parteiinternen, inhaltlichen und personellen Auseinandersetzungen zurückzuführen gewesen sein. In den drei Wochen vor der Wahl häuften sich gegenseitige Anklagen und Korruptionsvorwürfe zwischen den Kandidaten Luis Alberto Lacalle und Juan Andrés Ramírez. Darüber hinaus präsentierten sich die Blancos tief gespalten hinsichtlich des künftigen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses nach einer möglichen Regierungsübernahme. Die hart geführte parteiinterne Wahlauseinandersetzung beschwore eine Polarisierung zwischen den beiden erstplatzierten Kandidaten herauf. Der unterlegene Juan

Andrés Ramírez ging nach seiner Wahlniederlage auf deutliche Distanz gegenüber Luis Alberto Lacalle und dessen wirtschaftsliberalistischen Kurs. Entschieden lehnte Juan Andrés Ramírez es von Anfang an ab, als Vizepräsidentschaftskandidat unter Luis Alberto Lacalle zur Verfügung zu stehen. Vor dem Hintergrund der weitreichenden innerparteilichen Spaltung bemühte sich der amtierende Parteipräsident Walter Santoro um Vermittlung zwischen den zerstrittenen Parteiflügeln. Auch der Bürgermeister von Paysandú, Jorge Larrañaga, der gemeinsam mit Juan Andrés Ramírez den Desafío Nacional repräsentierte, war bemüht, die auseinanderstrebenden Teile der Partei hinter dem Sieger zusammenzuführen. Dabei setzte Larrañaga insbesondere darauf, dem Kandidaten programmatische Zugeständnisse insbesondere hinsichtlich des künftigen wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses abzuringen. Das Angebot Lacalles an Larrañaga, für das Amt des Vizepräsidenten zu kandidieren, lehnte dieser jedoch ab. Erst nach einigen Wochen mühsamer Verhandlungen präsentierte Luis Alberto Lacalle mit seinem ehemaligen Außenminister Sergio Abreu den Mitbewerber in seiner *Fórmula*, der jedoch zu Recht vom Wähler lediglich als Verlegenheitskandidat angesehen wurde und der im Wahlkampf praktisch eine zu vernachlässigende Rolle spielte.

Unmittelbar nach der Ermittlung des Wahlergebnisses schloss der gewählte Kandidat für den Encuentro Progresista, Tabaré Vázquez, eine *Fórmula* mit dem unterlegenen Kandidaten von der Asamblea Uruguay, Danilo Astori, aus. Damit brachte Tabaré Vázquez nochmals seine Distanz zu Danilo Astori zum Ausdruck, dessen parteiinterne Bewerbung er von Beginn an ablehnte. Andererseits wäre es sicherlich politisch unklug gewesen, den Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten ebenfalls aus dem Frente Amplio zu nominieren. Offensichtlich bestanden frühzeitig Absprachen zwischen Tabaré Vázquez und dem Vizepräsidenten des Encuentro Progresista, Rodolfo Nin Novoa, die gemeinsame *Fórmula* des linken Wahlbündnisses zu bilden. Damit stellte sich der Encuentro Progresista mit der gleichen *Fórmula* wie im Jahr 1994 zur Wahl, bei der er mit mehr als 30 Prozent der Stimmen außerordentlich gut abschnitt.

Als Wahlbündnis hielt der Encuentro Progresista mit gut 30 Prozent bei den parteiinternen Wahlen das Ergebnis aus dem Jahr 1994, konnte jedoch im Gegensatz zum Partido Colorado keine Zugewinne verzeichnen. Eine mögliche Erklärung für dieses schwache Ergebnis könnte darin liegen, dass das Ergebnis der parteiinternen Wahlen mit dem Wahlsieg von Tabaré Vázquez von vornherein so eindeutig feststand, dass bei der geringen Wahlbeteiligung ein relativ großer Teil der Anhänger des Encuentro Progresista im April nicht zur Wahl ging, während das Kopf-an-Kopf-Rennen beim Partido Colorado eher einen mobilisierenden Effekt gehabt haben dürfte.

In ähnlicher Weise dürfte das sehr schwache Ergebnis des Nuevo Espacio zu interpretieren sein, auf den lediglich 1,3 Prozent der Stimmen entfielen, während noch bei der Wahl 1994 5,1 Prozent der Wähler für diese Partei stimmten. Ohne Gegenkandidat gab es keinerlei Zweifel an der Nominierung von Senator Rafael Michelini zum Präsidentschaftskandidaten. Deshalb sind zwei Konsequenzen zu vermuten: einerseits eine relativ starke Abstinenz der traditionellen Wähler des Nuevo Espacio, andererseits dürften sich Wähler des Nuevo Espacio in die Entscheidung der anderen parteiinternen Nominierungen eingemischt haben. Da aufgrund der geringen Größe der Partei ein Sieg bei den Präsidentschaftswahlen mehr als unwahrscheinlich war, könnte es im Interesse von Wählern des Nuevo Espacio gelegen haben, bei den beiden traditionellen Parteien, im Besonderen beim Partido Colorado, Einfluss zu nehmen. Zu seinem Vizepräsidentschaftskandidaten nominierte der Nuevo Espacio das ehemalige Mitglied des Partido Demócrata Cristiano, Pablo Mieres, der jedoch im Wahlkampf ebenso wie Sergio Abreu eine weitgehend unbedeutende Rolle spielte.

### **■ Präsidentschafts-, Parlaments- und Senatswahlen am 31. Oktober 1999**

Unter diesen vier Kandidaten für das Amt des Präsidenten bzw. des Vizepräsidenten, zu denen die bedeutungslose *Fórmula* der Unión Cívica, Luis Pierri/Benito Dini, der Form halber hinzuzufügen ist, musste der Wähler seine Entscheidung treffen. Die Präsidentschaftswahl vom 31. Oktober fiel ein-

deutig aus, wenngleich keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit erzielen konnte. Eindeutiger Wahlsieger war Tabaré Vázquez, der gut 850 000 Stimmen (39 Prozent) auf sich vereinigen konnte. Zweitplatzierter Bewerber war Jorge Batlle mit knapp 700 000 Stimmen (31,7 Prozent). Diese beiden Kandidaten waren damit für den erforderlichen zweiten Wahlgang nominiert. Abgeschlagen landete der ehemalige Präsident und Kandidat des Partido Nacional mit weniger als 500 000 Stimmen auf dem dritten Rang, während der Nuevo Espacio mit Rafael Michelini ein schwaches Ergebnis mit weniger als 100 000 Stimmen erreichte. Zu vernachlässigen ist die Kandidatur von Luis Pierri, der mit gut 5000 Stimmen gerade 0,2 Prozent erreichte.

Damit bestätigte das Wahlergebnis die Umfrageergebnisse, die in den letzten Wochen vor der Wahl Tabaré Vázquez einen deutlichen Vorsprung vor Jorge Batlle zuwiesen. Ein interessantes Detail ist dabei, dass noch im Mai 1999 Batlle und Vázquez mit jeweils 31 Prozent praktisch gleichauf lagen, sich dann jedoch die Schere kontinuierlich zu Gunsten des Kandidaten des Encuentro Progresista öffnete. Der deutliche Abwärtstrend von Jorge Batlle korrespondierte mit einem leichten Aufwärtstrend für Luis Alberto Lacalle, der jedoch stets auf dem dritten Rang verblieb. In dem genannten Zeitraum von Mai bis Oktober 1999 schwankte in Umfrageergebnissen die Zustimmung zu Rafael Michelini vom Nuevo Espacio zwischen drei und fünf Prozent.

Die Wahlergebnisse der Parteien bei den Parlaments- und Senatswahlen wichen vom Ergebnis der Präsidentschaftswahlen nur geringfügig ab.

Allerdings ist das Ergebnis bemerkenswert, da es zu einer entscheidenden Veränderung in der Parteiengesellschaft Uruguays führte. Erstmals gelang es dem Encuentro Progresista, stärkste Partei zu werden und die traditionellen politischen Kräfte, Colorados und Blancos, auf die beiden nächsten Ränge zu verweisen. Darüber hinaus ist es dem Encuentro Progresista gelungen, auch im Landesinneren Uruguays Fuß zu fassen und die absolute Dominanz der beiden traditionellen Parteien, insbesondere des Partido Nacional, zu brechen. Neben der Hauptstadt Montevideo setzte sich der Encuentro Progresista im zweitwichtigsten Departament, Canelones, durch und

gewann überdies das Departament Paysandú mit annähernd 40 Prozent und deutlichem Abstand zu den beiden traditionellen Parteien, die jeweils etwa 25 Prozent erreichten. Aufgrund des Wahlergebnisses stellt nun der Encuentro Progresista in beiden Kammern des Kongresses die stärkste Fraktion, wobei gleich die beiden traditionellen Parteien bei entsprechendem Abstimmungsverhalten die absolute Mehrheit besitzen.

Kompliziert gestaltet sich auch weiterhin die Verteilung der Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus, die sich aus dem Wahlergebnis ableiten. Das Reformprojekt der Verfassung von 1996 war insoffern nicht konsequent, da die sogenannte *Ley de Lemas* für die Senatorenwahlen weiterhin Gültigkeit hat, während sie für die Wahlen zum Repräsentantenhaus abgeschafft wurde. Folglich legten die fünf kandidierenden Parteien wiederum Stimmzettel mit einer Vielzahl von *Sublemas* vor, die bei den Senatswahlen für die Vornahme der Verteilung parteibezogen aufsummiert wurden, während die unterschiedlichen Listen für die Wahl des Repräsentantenhauses provinzbezogen für die jeweilige *Sublema* aufaddiert wurden und dann nach dem D'Hondt'schen Verfahren die Sitzverteilung erfolgte. Dabei war überdies die Bestimmung zu berücksichtigen, dass jedes Departament mit mindestens zwei Abgeordneten in der Cámara de Representantes vertreten sein muss. Die fünf Parteien, die sich zur Wahl stellten, präsentierten sich mit insgesamt dreißig *Sublemas*, unter der jeweiligen einheitlichen Präsidentschaftsformel, die sich auf die Parteien folgendermaßen verteilten:<sup>11)</sup>

– Partido Colorado	4 Listen
– Partido Nacional	6 Listen
– Encuentro Progresista	12 Listen
– Nuevo Espacio	3 Listen
– Unión Cívica	5 Listen

Nach dem komplizierten Auszählungsverfahren ergab sich die folgende Sitzverteilung:

– Partido Colorado	10
– Partido Nacional	7
– Encuentro Progresista	12
– Nuevo Espacio	1

11) Vgl. „Un menú para (casi) todos los gustos“, in: *Brecha* vom 1. 10. 1999, S. 4-5.

Angesichts der deutlichen Verschiebung innerhalb des Parteiensystems in den zurückliegenden drei Dekaden erscheint eine kurze Darstellung der Zusammensetzung der Cámara de Representantes sowie des Senats von Interesse. Bei den Wahlen im Jahr 1966 erzielten der Partido Colorado und der Partido Nacional mit 49,4 Prozent bzw. 40,4 Prozent fast 90 Prozent der Stimmen und beherrschten beide Kammern des Kongresses. Aufgrund der Wahlergebnisse der Jahre 1971, 1984 und 1988 dominierten die beiden traditionellen Parteien die beiden Kammern des Kongresses mit teilweise deutlich über zwei Dritteln der Sitze, wobei anzumerken ist, dass in dieser Phase der Partido Colorado und der Partido Nacional in historisch bedingter Gegnerschaft standen. Die Wahlen im Jahr 1994 beendeten das klassische Zwei-parteiensystem, nachdem sich der Encuentro Progresista als praktisch gleichstarke dritte Kraft neben dem Partido Colorado und dem Partido Nacional etablieren konnte. Dieses Dreiparteiensystem besteht nun als Ergebnis der jüngsten Wahlen vom 31. Oktober fort, wobei anzumerken ist, dass als vierte politische Kraft sowohl im Jahr 1994 als auch im Jahr 1999 der Nuevo Espacio, wenngleich mit abnehmender Tendenz, im Senat und im Repräsentantenhaus vertreten ist. Im Vergleich zu 1994 ist jedoch als Ergebnis der Oktoberwahl festzustellen, dass der Encuentro Progresista neun Sitze im Abgeordnetenhaus und drei im Senat hinzugewinnen konnte, während insbesondere der Partido Nacional mit einem Verlust von acht Abgeordnetenmandaten und drei Senatssitzen als Verlierer gelten muss.

Für die Zukunft bedeutsam ist überdies das Abschneiden des Encuentro Progresista im Landesinneren. Während bis zum Jahr 1989 der Encuentro Progresista im Landesinneren gerade zehn Prozent der Stimmen erzielte und die beiden traditionellen Parteien dort gemeinsam regelmäßig weit über 80 Prozent der Stimmen auf sich vereinigten, veränderte die Wahl vom 31. Oktober dieses Bild. Mit 28,5 Prozent liegt der Encuentro Progresista fast gleich mit dem Partido Nacional, der mit nur 30 Prozent im Vergleich zu 1989 etwa 20 Prozent einbüßte. Im Landesinneren herrscht nun praktisch eine parteipolitische Drittelpartitur, während der Encuentro Progresista in der Hauptstadt Montevideo mit über 50 Prozent

deutlich vor den beiden traditionellen Parteien zusammengenommen rangiert.

### **■ Stichwahl f r das Amt des Staatspr sidenten am 28. November 1999**

Unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses für die Präsidentschaftswahl vom 31. Oktober waren die beiden verbliebenen Kandidaten für den zweiten Wahlgang, Tabaré Vázquez und Jorge Batlle, bestrebt, die Wähler der unterlegenen Kandidaten für den bevorstehenden zweiten Wahlgang für sich zu gewinnen. Bei den Verhandlungen zeichnete sich frühzeitig eine Wahlausage von Rafael Michelini zu Gunsten von Tabaré Vázquez ab, was zu heftigen Diskussionen innerhalb des Nuevo Espacio führte. Am Ende blieb der ehemalige Präsidentschaftskandidat des Nuevo Espacio bei seiner Wahlausage, jedoch war damit keine Festlegung für die Wähler der Gesamtpartei verbunden, deren Votum freigegeben wurde. Jorge Batlle war bestrebt, in Verhandlungen mit dem Präsidenten des Direktoriums des Partido Nacional, Luis Alberto Lacalle, ein Abkommen zu erzielen, dessen Hauptzweck es war, einen Wahlaufruf an die Wähler des Partido Nacional zu Gunsten von Jorge Batlle im zweiten Wahlgang zu richten. Bei den Verhandlungen der beiden Parteikommissionen verlangte der Partido Nacional als Gegenleistung für die Wahlunterstützung eine Festlegung auf politische Programmpunkte, die in einer Vereinbarung dokumentiert werden sollten. Nachdem sich Jorge Batlle bereit erklärt hatte, diese Vereinbarung als Arbeitsgrundlage der künftigen Regierung im Rahmen eines Notenwechsels anzuerkennen, beschloss das Direktorium der Blancos, am 9. November im Gegenzug zur Wahl von Jorge Batlle aufzurufen.<sup>12)</sup> Allerdings war der innere Konflikt der Blancos zu diesem Zeitpunkt noch nicht wieder beigelegt, so dass das Direktorium der Partei nicht für die Gesamtheit des Partido Nacional sprechen konnte. Insbesondere Juan Andrés Ramírez, der bei den internen Wahlen im April etwa 32 Prozent der Parteistimmen erhalten hatte, nahm an dem Beschluss des Direktoriums nicht teil. In einem persönlichen Gespräch gelang es Jorge Batlle jedoch, Juan Andrés Ramírez zu einer Aussage zu seinen Gunsten zu bewegen, womit auch

12) Vgl. „Blancos convocaron a votar por Batlle“, in: *El Observador* vom 10. 11. 1999, S. 3.

der parteiinterne Flügel Desafío Nacional der Blancos sich auf die Seite von Jorge Batlle schlug. Gesprächsangebote von Seiten des Bewerbers Tabaré Vázquez, der sich ebenfalls um die Unterstützung des Partido Nacional bemühen wollte, wurden ausgeschlagen.

Während bei Wahlumfragen vor dem ersten Wahlgang am 31. Oktober weit überwiegend Jorge Batlle als aussichtsreichster Kandidat im zweiten Wahlgang bezeichnet wurde<sup>13)</sup>, prognostizierten die Umfrageergebnisse Mitte November ein *Empate Técnico*, bei dem beide Kandidaten mit 45 Prozent bzw. 44 Prozent, bei einer Abweichung von +/- drei Prozent gleich auflagen, bei einem leichten Vorteil zu Gunsten von Tabaré Vázquez. In den letzten beiden Wochen vor dem Wahltermin gab es dann jedoch tendenziell eine Verschiebung zu Gunsten von Jorge Batlle, wenngleich die Umfrageinstitute mit 46 gegenüber 44 Prozent lediglich eine Umkehrung der vorherigen Prognose und ein Fortbestehen des *Empate Técnico* wegen der Abweichungsmarge von +/- drei Prozent feststellten.<sup>14)</sup> Ausschlaggebend für den leichten Stimmungsumschwung zu Lasten von Tabaré Vázquez waren widersprüchliche Darstellungen hinsichtlich des künftigen Wirtschaftskurses und insbesondere die Absicht, neue Steuern einzuführen, was der Bevölkerung verständlich zu machen ohnedies nicht ganz einfach war.<sup>15)</sup> Bezogen auf den Wirtschaftskurs riefen insbesondere Aussagen bezüglich der Währungspolitik und hinsichtlich der Währungsstabilität Zweifel hervor. Während Jorge Batlle der Wirtschafts- und Währungsstabilität absoluten Vorrang einräumte, relativierte Tabaré Vázquez in seinem wirtschaftspolitischen Programm dieses Ziel, indem er es Produktivitäts- und Verteilungserfordernissen unterordnete.<sup>16)</sup> Hinzu kam die von den wichtigsten Wirtschaftsberatern von Tabaré Vázquez geäußerte Absicht, gespaltene Wechselkurse sowie Subventionen zur Exportförderung einzuführen.<sup>17)</sup> Die entscheidende Trendwende scheint jedoch mit der Debatte um zwei Steuervorhaben des Encuentro Progresista eingesetzt zu haben. Neben einer Steuer auf nicht genutzte Grundstücke und leer stehende Immobilien sollten privates Sparvermögen und monatliche Geldeinkünfte über 12 500 urug. Pesos (entspricht 1000 US-Dollar) mit einer neuen Steuer belegt werden. Zwar sollte im Gegenzug dazu die

13) Vgl. „Tabaré Vázquez y Jorge Battle tienen casi el mismo nivel de intención de votos“, in: *El Observador* vom 11. 11. 1999, S. 8; „Vázquez logra el 45 por ciento y Batlle 44 por ciento“, in: *El Observador* vom 17. 11. 1999, S. 8.

14) Vgl. Umfrageergebnisse CIFRA, in: *La Nación* vom 28. 11. 1999, S. 1-2.

15) Vgl. „Los veintiocho días que cambiaron una tendencia“, in: *El País* vom 29. 11. 1999, S. 18-19.

16) Vgl. „Irreconciliables diferencias“, in: *El País* vom 1. 11. 1999, S. 16.

17) Vgl. „Rechazan régimen de cambios múltiples“, in: *El Observador* vom 24. 9. 1999, S. 3.

relativ hohe Mehrwertsteuer in Höhe von 23 Prozent auf gespaltene Sätze zwischen 15 und 16 sowie acht bis 14 Prozent abgesenkt werden, jedoch waren die Erklärungen des Kandidaten Tabaré Vázquez und der Wirtschaftsexperten des Encuentro Progresista hierzu wenig klar und teilweise widersprüchlich. Die Steuerdebatte führte den Encuentro Progresista in der Endphase des Wahlkampfes in die Defensive und es lässt sich vermuten, dass die gestiegene Skepsis für einen Großteil der acht Prozent noch Unentschiedenen Anlass war, für Jorge Batlle und nicht für Tabaré Vázquez zu stimmen.

Das Wahlergebnis war eindeutiger als alle zuvor bekannt gewordenen Prognosen es vorhersagten. Mit 51,59 Prozent gewann Jorge Batlle überraschend deutlich mit etwa 150 000 Stimmen Vorsprung vor Tabaré Vázquez, der 44,07 Prozent der Stimmen erreichte. Im Gegensatz zu den Wahlen vom 31. Oktober konnte der Encuentro Progresista lediglich in der Hauptstadt Montevideo deutlich mit 54 gegenüber 42 Prozent gewinnen, während Jorge Batlle alle übrigen 18 Provinzen für sich entscheiden konnte.<sup>18)</sup> Bei einem Vergleich der beiden Wahlergebnisse vom 31. Oktober und 28. November fällt auf, dass offensichtlich die Anhänger des Partido Nacional fast geschlossen dem Wahlauftruf des Nationalen Direktoriums gefolgt sind und bei der Stichwahl für Jorge Batlle votiert haben, was Umfragen im Vorfeld der Novemberwahlen im Trend bereits vorhersagten.<sup>19)</sup> Eine andere Interpretation ist die, dass es offensichtlich Jorge Batlle tatsächlich gelang, den weitaus größten Teil der am Wahltag noch Unentschiedenen für sich zu gewinnen. Tabaré Vázquez hingegen konnte gegenüber dem Ergebnis im ersten Wahlgang lediglich fünf Prozent hinzugewinnen, die sich überwiegend aus Stimmen vom Nuevo Espacio und einem relativ geringen Anteil von Wählerstimmen des Partido Nacional zusammensetzen dürften.

## ■ Ausblick

Uruguay hat zum vierten Mal nach der Rückkehr zur Demokratie in äußerst korrekten Wahlen den Präsidenten des Landes gewählt und Jorge Batlle mit einer klaren Mehrheit ausgestattet. Andererseits jedoch führte der Wähler nachhaltige Veränderungen im Parteiensystem Uruguays herbei, indem er die

große Linkspartei Encuentro Progresista zur stärksten politischen Kraft des Landes machte und in beiden Kammern mit einer relativen Mehrheit ausstattete. Betrachtet man die Wahlentwicklungen der jüngsten Zeit in Uruguay, so liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die Bürger des Landes grundsätzlich mit dem demokratischen System einverstanden sind. Auch der Wunsch nach Einbeziehung aller relevanten politischen Kräfte in die Verantwortung für die Staatsgeschäfte kommt in den Wahlergebnissen zum Ausdruck. War dieser Kollegialismus in Zeiten des klassischen Zweiparteiensystems bis zur Mitte dieses Jahrhunderts aus Tradition heraus und aufgrund von Verfassungsbestimmungen gewährleistet, schuf nun der Wähler Realitäten, die ebenfalls das Mitregieren aller relevanten politischen Kräfte im Land gebieten. Die uruguayische politische Kultur ist durch ein hohes Maß an politischer Toleranz geprägt. Der politische Gegner wird respektiert, Verunglimpfungen werden vom Bürger als unangemessen angesehen und moralisch sowie über den Stimmzettel sanktioniert. Insofern unterscheidet sich Uruguay wohltuend von manchen anderen demokratisch verfassten Staaten, in denen sich Wahlauseinandersetzungen häufig in übertriebenem Maße im Bereich persönlicher Verunglimpfungen abspielen. Vielleicht ist diesem kleinen Río de la Plata-Staat ein gewisser Hang zur Harmonie eigen, wenngleich dies nicht mit politischem Desinteresse oder mangelnder Streitkultur gleichgesetzt werden darf; nur entfaltet sich diese innerhalb des Rahmens in der Gesellschaft respektierter Spielregeln.

Andererseits stimmte der Wähler nicht nur für die „Kontinuität einer Vision über die Zukunft des Landes“, wie dies Staatspräsident Sanguinetti sagte.<sup>20)</sup> Vielmehr kommt in der deutlichen Stärkung der linken Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Regierungen der beiden traditionellen Parteien zum Ausdruck. Es lässt hoffen, wenn die neue Regierung, die wohl wieder eine Koalitionsregierung aus dem Partido Colorado und dem Partido Nacional sein wird, unmittelbar nach der Wahl zum sozialen Dialog aufruft.<sup>21)</sup> In der Tat scheint dies die größte Herausforderung zu sein, der sich die neu gewählte Regierung Uruguays gegenüber sieht. Nicht zuletzt aufgrund externer Einflüsse und der jüngsten Ent-

20) Vgl. „Un voto a la continuidad, dijo Sanguinetti“, in: *El Observador* vom 30.11.1999, S. 5.

21) Vgl. „Nuevo Gobierno llamará al diálogo social“, in: *El Observador* vom 30.11.1999, S. 6.

wicklungen im MERCOSUR kam es in Uruguay zu einem fortschreitenden Auseinandergehen der Schere zwischen Arm und Reich. Der Kurs der internationalen Öffnung ist richtig und wird von der Bevölkerung unterstützt. Auch die Grundelemente des Wirtschaftsmodells finden in der Bevölkerung breite Zustimmung. Erforderlich ist, die soziale Komponente in den Ordnungsrahmen des Wirtschaftssystems so einzubinden, dass die Gesamtbevölkerung in den Genuss der zu erwartender Wachstumsraten kommt. Daran wird Jorge Batlle mit seiner Regierung bei den Wahlen in fünf Jahren gemessen werden. Von dieser Bewertung der Bürger wird es dann abhängen, ob der Wähler erneut einer konservativ-liberalen Koalition den Regierungsauftrag gibt oder einer bis dahin weiter zur politischen Mitte gerückten linken Partei die Regierungsgeschäfte anvertraut. Kontinuität, aber nicht „weiter so“, war folglich der Auftrag, den der uruguayische Wähler den politischen Parteien mit diesem Wahlergebnis gegeben hat.